

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000138/2013
an die Kommission**

Artikel 115 der Geschäftsordnung

Jan Mulder, Renate Weber, Sonia Alfano, Jens Rohde, Cecilia Wikström, Nils Torvalds, Leonidas Donskis, Alexander Graf Lambsdorff, Sir Graham Watson, Louis Michel, Nathalie Griesbeck, Sylvie Goulard, Ramon Tremosa i Balcells, Marielle de Sarnez, Jelko Kacin, Olle Schmidt

im Namen der ALDE-Fraktion

Betrifft: Unionsbürgerschaft zu verkaufen

Am 12. November 2013 beschloss die maltesische Regierung einen Gesetzentwurf, mit dem es Drittstaatsangehörigen ermöglicht werden soll, für 650 000 EUR die maltesische Staatsbürgerschaft käuflich zu erwerben und sich dadurch in der EU und im Schengen-Raum frei zu bewegen und aufzuhalten.

Fragen der Staatsbürgerschaft fallen zwar ausschließlich in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, der Beschluss Maltas ist jedoch problematisch, da es neuen Bürgern ermöglicht, innerhalb der EU und des Schengen-Raums zu reisen, ohne dass andere Mitgliedstaaten und Schengen-Länder konsultiert werden. Diese Maßnahme könnte daher als Missbrauch der Rechte ausgelegt werden, die das Land durch seine Mitgliedschaft in der EU bzw. im Schengen-Raum erworben hat, sowie als Mangel an Respekt den anderen betroffenen Ländern gegenüber.

Sie ruft ebenfalls erheblich Bedenken hervor, was die Frage einer möglichen Diskriminierung betrifft, da nur die reichsten Drittstaatsangehörigen in der Lage sein werden, die Unionsbürgerschaft zu kaufen.

Außerdem ist nicht klar, ob die maltesischen Bürger von dieser Maßnahme profitieren werden, zum Beispiel durch die Erhebung von Steuern. Eine Staatsbürgerschaft bedeutet nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten, obwohl ausländische Investoren davon nicht betroffen sein werden.

Schließlich wirft der Beschluss die Frage auf, ob diese Vorkehrungen zum Erwerb der maltesischen Staatsbürgerschaft das Konzept der Unionsbürgerschaft untergraben.

Kann die Kommission mitteilen, ob der Beschluss des maltesischen Parlaments Geist und Buchstaben der Verträge und des Schengener Grenzkodexes entsprechen und ob mit diesem Gesetzentwurf die Nichtdiskriminierungsbestimmungen geachtet werden?

Mindestens fünf andere Mitgliedstaaten (Spanien, Zypern, Portugal, Lettland und Griechenland) haben angeboten, Aufenthaltsrechte im Austausch für Unternehmensinvestitionen, Immobilien- oder Staatsanleihen zu verkaufen.

Kann die Kommission einen Überblick über die Lage in den Mitgliedstaaten geben?

Eingang: 4.12.2013

Weiterleitung: 6.12.2013

Fristablauf: 13.12.2013